

FDP

Die Liberalen

Presseinformation

Nr. 257 / 2014

Kiel, Mittwoch, 11. Juni 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Landtag / Aktenvorlagebegehren

Christopher Vogt: Bei Hempels unterm Sofa geht es geordneter zu als in Albigs Kabinett

Zur Aktenvorlage im Zuge des Lehrerbildungsgesetzes erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Vor genau vier Wochen hatte der Finanzausschuss die Landesregierung einstimmig zur Aktenvorlage in Sachen Lehrerbildung aufgefordert. Heute legte die Landesregierung diese Akten endlich vor. Wenn hinter der Vierwochenfrist keine verwaltungstechnische Schlamperei im Umgang mit den Akten gestanden hat, dann kann dahinter nur eine Verzögerungstaktik der Landesregierung stecken. Während Ersteres ein organisatorisches Armutszeugnis wäre, wäre Letzteres eine offene Missachtung der Verfassung, die die Landesregierung zu einer ‚unverzüglichen‘ Vorlage der Akten auffordert (Art. 23 Abs. 2 Landesverfassung). Hier muss die Staatskanzlei – und zwar in erster Linie der Ministerpräsident – dem Parlament Rede und Antwort stehen, was genau zu diesen Verzögerungen geführt hat. Dieser Vorgang fügt sich gut in das Gesamtbild dieser Landesregierung ein, dass bei Hempels unterm Sofa geordnetere Verhältnisse vorherrschen als in Albigs Kabinett.“

Es ist nicht nur verfassungsrechtlich höchst zweifelhaft, es ist auch absolut lächerlich, dass die Akten zum Rückkehrrecht von Ministerin Professor Wende erst an diesem Freitag vorgelegt werden sollen. In der Sondersitzung des Bildungsausschusses am 26. Mai hat der Ministerpräsident den Eindruck vermittelt, dass er sämtliche Akten übers Wochenende eingesehen hat. Warum dem Parlament die bereits für den Ministerpräsidenten zusammengestellten Akten bis zum heutigen Tage noch immer nicht zugestellt wurden, muss der Ministerpräsident ebenfalls beantworten. Eines ist jedenfalls sicher: Fair ist ein solcher Umgang mit dem Parlament nicht. Wer auf eine solche Art und Weise agiert, vermittelt den Eindruck, er habe etwas zu verbergen.“